

02.10.2020 - 16:09

ERNEUERBARENAUSBAU

## Eisenstadt: Energiebranche fürchtet "Strom-Monopol"



Die Energiebranche fürchtet einen Rückschritt im PV-Ausbau (Foto: ATB-Becker/PV Austria)

**Eisenstadt (energate) - Mit einer Novelle des Raumplanungsgesetzes sorgt die burgenländische Landesregierung (SPÖ) für Aufregung. Der Grund dafür sind die geplanten, gravierenden Einschnitte beim Ausbau von Photovoltaikanlagen.** Künftig dürfen Solaranlagen nur noch auf Freiflächen ab einer Größe von 100 Quadratmetern, die sich in Pacht oder im Besitz des Landes Burgenland befinden oder einer 100-prozentigen Tochtergesellschaft gehören, errichtet werden. Der Bundesverband Photovoltaic Austria (PVA) kritisierte den Ausschluss privater PV-Anlagenbetreiber. Selbst der im Teilbesitz des Landes befindliche Versorger Energie Burgenland wäre von der Maßnahme betroffen. PVA-Vorstand Herbert Paieryl warnte davor, dass dadurch effiziente PV-Standorte ungenutzt blieben und der Wettbewerb verhindert werde. Die Novelle drosselt den Ausbau und mache alle bisher geleistete Vorarbeit zunichte.

## Rückkehr zum Strom-Monopol

"Dieses Gesetz wäre die Rückkehr in uralte Strom-Monopolzeiten. Auch die eigenen Landesziele der PV-Offensive, die eine Verzehnfachung der Stromproduktion aus erneuerbaren Energiequellen im Burgenland vorsieht, werden damit torpediert", kritisierte Paieryl. Die Bevorzugung des Landes beim PV-Ausbau schließt zudem wichtige Treiber von der Energiewende aus.

Wie groß das Ausmaß der verlorenen Flächen ist, lasse sich nicht ermitteln, sagte PVA auf energate-Anfrage. "Bestehende Flächen und Netzanschlüsse in privaten Windparks können damit nicht mehr genutzt werden. Das ist absurd, weil anderorts entsprechende Netzkapazitäten erst geschaffen werden müssen", erklärte eine Unternehmenssprecherin. Bisher konnte jeder mit den entsprechenden Bewilligungen eine PV-Anlage errichten. Besonders im Hinblick auf Bürgerbeteiligungs-Photovoltaikanlagen, die bisher an zwölf Standorten im östlichsten Bundesland umgesetzt wurden, sei das ein wichtiger Aspekt.

## Novelle widerspricht EAG

Erst vor zwei Wochen legte Energieministerin Leonore Gewessler (Grüne) den Gesetzesentwurf für das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG) vor, in dem die Grundlage für den marktwirtschaftlich organisierten Solarausbau in Österreich geschaffen wird. Die Landesregierung im Burgenland hingegen will im PV-Bereich spezielle Eignungszonen definieren. Vorrangig soll der Ausbau auf Dächern erfolgen. Größere Freiflächenanlagen sollen laut Landesrat Heinrich Dörner (SPÖ) - wie bei der Windkraft - in Zukunft nur in speziellen Eignungszonen möglich sein.

Der burgenländische Gesetzesentwurf sieht weiters eine jährliche Landesabgabe für die Nutzung der Freifläche vor. Die Kosten dafür werden wie bei den Pachtentgelten per Verordnung in Eisenstadt festgelegt. Damit schafft man, so Paierl, zusätzliche Hürden: "Grundbesitzern wird dadurch die Wahl des PV-Partners sowie die Entscheidung über die wirtschaftlichen Bedingungen einer Verpachtung entzogen." Er appellierte an die Landespolitiker, das Raumplanungsgesetz "zukunftsorientierter und progressiver" zu gestalten. Sonst drohe eine Durchkreuzung der klima- und energiepolitischen Ziele des Bundes. //Irene Mayer-Kilani